

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/183

Bad Godesberg, den 25. September 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Der Erfolg des Mutigen</u> Zur Echo auf den Leber-Plan	44
1a	<u>Zwei Reisen</u> Enttäuschung über Moskau - oder wie man es nicht machen soll	50
2 - 3	<u>ABM-Waffen und Abrüstungshoffnung</u> Das Tauziehen um die "perfekteste Rüstung" geht weiter Von Pierre Simonitsch, Genf	88
4	<u>Endlich Gesetzentwurf zur Arbeitsförderung</u> Es geht um den Schutz vor sozialem Abstieg	42
5	<u>Schatten auf dem Elysee</u> Trommelfeuer auf de Gaulle geht weiter Von Georg Scheuer, Paris	34

* * *

Der Erfolg des Mutigen

Zum Echo auf den Leber-Plan

sp - Ohne Zweifel, der Plan des Bundesverkehrsministers Leber findet viel Zustimmung im Volk. Der Plan ist ein geschlossenes Konzept, aus dem kein Stück herausgebrochen werden kann, ohne das Ganze zu gefährden. Fast jedermann spürt die Notwendigkeit einer gründlichen und umfassenden Verkehrsreform, die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung trägt, die ansteigenden Milliardendefizite der Bundesbahn beseitigt, den Verkehr auf unseren Straßen flüssiger macht und zugleich entlastet sowie die Verkehrssicherheit erhöht.

Die vergangenen Bundesregierungen fanden nicht den Mut zur Entwicklung einer verkehrspolitischen Konzeption. Es blieb immer nur bei Stückwerk. Auch wenn es an Einsicht nicht fehlte, so mangelte es doch an der Kraft und Entschlossenheit, diese Einsichten in Gesetzesform zu gießen. Zu stark war der Druck der Interessentenverbände. Die früheren Regierungen wichen vor ihm zurück, da sie unvermeidliche Konflikte und Auseinandersetzungen scheuten. Also überließ man die Entwicklung sich selbst - die Folgen kennen wir alle. Jeder bekommt sie zu spüren und hat dafür zu bezahlen; direkt oder indirekt.

Nun fand sich in Georg Leber der Mann, der mutig genug und entschlossen ist, das Übel an der Wurzel anzupacken. Nur ein halbes Jahr hat der frühere Vorsitzende der Gewerkschaft Bau - Steine - Erden gebraucht, um der Öffentlichkeit seinen wohlbedachten Plan vorzulegen. Zu den Befürwortern dieses Planes gehört auch der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Fritz Berg, und das will viel heißen. Hier sind in der Tat ideologische Scheuklappen bei der Bewertung des Konzepts eines sozialdemokratischen Bundesministers nicht angebracht. Der Sachzwang leitet hier den gesunden Menschenverstand.

Die Kritiker des Leber-Planes werden es schwer haben und sie machen es sich auch selbst schwer. Sie melden verfassungspolitische Bedenken an. Das Recht sei ihnen unbenommen, aber was wollen sie damit erreichen? Doch gewiß nicht, daß die Bürger durch das Verkehrschaos erstickt werden.

Die Diskussion um den Leber-Plan wird an Wucht und Intensität zunehmen. Viele haben da ihr Wort zu sagen. Doch dabei allein darf es nicht bleiben. Die baldige parlamentarische Verabschiedung dieses großen Reformwerkes wird nun zu einem der wichtigsten Tagesordnungspunkte deutscher Innenpolitik. Die Öffentlichkeit hätte kein Verständnis dafür, diesen Plan zerreden oder zu einem Torso werden zu lassen. Zum Glück bürgt die energiegeladene Persönlichkeit Georg Lebers dafür, daß dies wohl kaum geschehen wird. In der Verwirklichung seiner verkehrspolitischen Konzeption liegt auch einer der Rechtfertigungsgründe für die Große Koalition. Nur sie allein kann die Durchführung dieses großen Vorhabens mit seinen weitreichenden Auswirkungen gewährleisten.

Zwei Reisen

sp - Der CDU-Abgeordnete Majonica ist aus Moskau zurück. Er ist dort nicht so behandelt worden, wie er es vielleicht erwartet hatte. Im Außenministerium hat man ihn gar nicht empfangen, und die wenigen Kontakte, die sich an anderer Stelle ergaben, fanden in einer mehr als kühlen Atmosphäre statt. - Das ist bedauerlich, und es bestätigt, was nicht eben neu ist: daß es in Moskau Gäste gibt, die man lieber sieht als solche aus der Bundesrepublik Deutschland. Aber es wäre falsch, daraus zu schließen, daß man es im Krenl darauf anlege, etwa den Bundestag oder die Bundesrepublik zu brüskieren und zu demütigen.

Von 6. bis 11. September, also zehn Tage vor Majonica, war der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. Erhard Eppler in Moskau. Eppler, der wie Majonica dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestages angehört, hatte keine großen Schwierigkeiten, im Außenministerium empfangen zu werden. Das Gespräch, das er mit dem stellvertretenden Leiter der Europaabteilung und dem sowjetischen Botschafter in Bonn, Zarapkin, führte, fand in einer "ausgesprochen guten Atmosphäre" statt, wie Eppler bei seiner Rückkehr betonte. Was kann der Grund sein, daß man sich im Außenministerium für Eppler drei Stunden Zeit nahm, Majonica aber einfach schnitt?

Sicher spielt die Parteizugehörigkeit keine Rolle. Auch die Tatsache, daß der Name Majonica im Ostblock zuerst durch seine guten Beziehungen zu Tschiang Kai-schek bekannt geworden ist, hat keine allzu große Bedeutung mehr, seit man sich in Moskau an das Geschrei aus Peking gewöhnt hat. Wichtiger ist wohl die Art, wie Majonica seine Reise vorbereitete. Während die Öffentlichkeit von der Reise Epplers erst nach seiner Rückkehr erfuhr, verging in der ersten Septemberhälfte kaum ein Tag, an dem man nicht in der Zeitung lesen konnte, was Majonica in Moskau tun wolle oder tun werde. Dabei wußte in der deutschen Botschaft in Moskau niemand, ob Majonica überhaupt im Außenministerium empfangen würde. So entstand in der Bundesrepublik der Eindruck, hier werde ein entscheidender, nahezu dramatischer Versuch gemacht, "einen Zipfel des Dialogs zu ergreifen", als ob es kein Auswärtiges Amt gäbe und keine anderen Abgeordneten, die sich um die Verbesserung des Klimas bemühten.

Es gehörte wenig Phantasie dazu, sich das Ergebnis auszumalen. Daß man in Moskau an spektakulären Verhandlungen mit einem Politiker der Bundesrepublik wenige Wochen vor den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution nicht interessiert ist - schon im Blick auf die immer nervöser werdende DDR - konnte man sich an den Fingern abzählen, zumal dann, wenn dieser Politiker vorher schon aller Welt klarmacht, was er den Sowjets zu sagen habe.

Wir sagen dies nicht, um zu spotten. Es geht nicht um Herrn Majonica und nicht um Herrn Eppler, sondern um die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Und es besteht die Gefahr, daß der Mißerfolg Majonicas manchen Leuten zum Vorwand dafür dienen könnte, sich gekränkt auf eine sogenannte harte Linie in der Ostpolitik zurückzuziehen. "Die sowjetische Außenpolitik ändert sich nicht, weil irgendein Abgeordneter nach Moskau fährt, heiße er nun Eppler oder Majonica," sagte Dr. Eppler nach seiner Rückkehr in einem kurzen Interview mit Dr. Kellerneier von Norddeutschen Rundfunk. Die deutsche Außenpolitik sollte sich nicht ändern, weil der eine Abgeordnete in Moskau freundlich, der andere unfreundlich behandelt wurde.

ABM-Waffen und Abrüstungshoffnung

Das Tauziehen um die "perfekteste Rüstung" geht weiter

Von Pierre Simonitsch, Genf

Die Entscheidung drängt: Wird die Existenz von Anti-Raketen-Raketen (in der Fachsprache ABM - "Anti-Ballistic-Missiles" - genannt) eine neue Ära des Wettrüstens einleiten oder im Gegenteil den ersten Abrüstungsschritt bewirken? Obwohl die USA jetzt die Errichtung eines begrenzten Raketenabwehrsystems beschlossen haben und die Sowjetunion bereits seit einiger Zeit an Schutzgürteln rund um ihre Großstädte und Industriezentren baut, sind die Würfel noch nicht gefallen. Die nächste Drehung der Rüstungsspirale kann verhindert werden, wenn es den Regierungen der beiden Supermächte gelingt, ein erstes Etappenziel auf dem Weg zur Abrüstung abzustecken.

Leidvolle Vorgeschichte

Um Zeit zu gewinnen, schlug Präsident Johnson Ende 1966 der Sowjetregierung einen auf vorläufig drei Jahre befristeten Aufschub der ABM-Pläne vor. Die Idee stammte von einem Wissenschaftlerteam unter Leitung des ehemaligen engen Kennedy-Beraters Jerome B. Wiesner. Der Vorschlag ruhte monatelang in einer Schublade des Weißen Hauses; bis er den Sowjets unterbreitet wurde, war es für das Moratorium zu spät. US-Botschafter Thompson versuchte daraufhin im Auftrag seiner Regierung fast ein Jahr lang, die Sowjetunion für Verhandlungen über den weiteren Fragenkomplex zu gewinnen. Wenn diese Vorverhandlungen bisher keine greifbaren Ergebnisse zeitigten, so dürfte dies nicht auf eine grundsätzliche Ablehnung Koskaus zurückzuführen sein, sondern eher auf unterschiedliche Auffassungen über das Verhandlungsziel.

Zwei Thesen

Nach der McNamara-Philosophie, die von den meisten Beratern des Weißen Hauses geteilt wird, ist der Aufbau eines seriösen ABM-Systems mit ungeheuren Kosten verbunden, ohne wirklich undurchlässig zu sein, weil der potentielle Gegner in der gleichen Zeit seine Angriffswaffen verbessern würde. Fazit: Dreifache Kosten ohne reellen Sicherheitsgewinn oder Aussichten, das Gleichgewicht des Schreckens zum eigenen Vorteil aus den Angeln zu heben. Die beste Lösung wäre also ein beidseitiger Verzicht auf Abwehrwaffen.

Die Sowjets machen demgegenüber geltend, das Böse liege nicht in den Abwehr-, sondern in den Angriffswaffen. Jede Regierung habe die moralische Verpflichtung, ihre Bevölkerung nach Möglichkeit zu schützen. Wenn man also über einen Verzicht auf Abwehrwaffen verhandeln will, muß man einen Abbau der strategischen Offensivwaffen einbeziehen.

Eine Empfehlung der Pugwash-Konferenz

Diese beiden Thesen standen sich auch an der letzten Pugwash-Konferenz in Ronneby (Schweden) gegenüber, wo die führenden Wissen-

schaftler aus West und Ost privat über die Mittel zur Friedenserhaltung diskutierten. Für die amerikanische Regierung bestehen einige praktische Hindernisse, sich der sowjetischen Philosophie anzuschließen; schon der Gedanke eines Verzichts auf ABM-Waffen stößt auf härtesten Widerstand führender Militärs und einiger Industrie-lobbies; wie schwer müßte erst eine Verringerung der Interkontinentalraketen durchzusetzen sein! Der US-Präsident hat nicht die Handlungsfreiheit eines Experten wie Wiesner, der seinem Arbeitspapier für die Pugwash-Konferenz ein Abkommen über eine Art Balance zwischen Angriffs- und Abwehrraketen auf niedrigster Schwelle anregte, die unter den gegenwärtigen Umständen am billigsten die Sicherheit der Atom-mächte gewährleisten würde. Nach langer Debatte setzte sich in Ronneby die Auffassung durch, daß Verhandlungen einzig über ABM-Waffen aussichtslos sind. In dem Schlußbericht der Konferenz werden Washington und Moskau aufgefordert, "mit höchster Priorität die Möglichkeiten einer gekoppelten Verringerung sowohl der Raketenabwehrsysteme wie der strategischen Offensivwaffen zu untersuchen".

Vom Sinn und Unsinn der Rüstungen

So könnte gerade die Entwicklung eines neuen Verteidigungssystems die Nutzlosigkeit des Wettrüstens beweisen. Leider gekrönt die Politik nicht immer den Gesetzen der Logik. Der amerikanische Verteidigungsminister ist sich seiner innenpolitischen Schwierigkeiten bewußt, wenn er in seiner vielbeachteten Rede in San Francisco den Sowjets einen Kompromiß vorschlägt: "Da wir beide heute im Besitz einer größeren Abschreckungskapazität sind, als wir benötigen, würden unsere Nationen von einem geeignet kontrollierten Abkommen Nutzen ziehen, durch welches wir sowohl unsere nuklearen strategischen Angriffswaffen wie unsere Abwehrwaffen zuerst begrenzen und später verringern."

Wenn sich die sowjetischen Auffassungen nicht radikal ändern, was unwahrscheinlich ist, so geht auch dieser Vorschlag nicht weit genug. Abgesehen davon, daß es auch in der Sowjetunion Meinungsverschiedenheiten über Sinn und Unsinn der Rüstung geben dürfte - vielleicht sogar den Wunsch einzelner, die USA in ein ruinöses Unternehmen zu stürzen -, gilt für Moskau noch immer der Grundsatz: Keine Abrüstung ohne Kontrolle, keine Kontrolle ohne Abrüstung. Ein kontrolliertes "Einfrieren" der Atomrüstung auf ihren gegenwärtigen Stand hat die Sowjetunion bisher strikt abgelehnt. Die Sowjetunion kann objektiv kein Interesse haben, ihr Rüstungspotential von den Amerikanern nachzählen zu lassen, selbst wenn ihr das gleiche Recht zusteht. Obwohl die Gegenüberstellung der auf jeder Seite lagernden Atomraketen keinerlei Rückschlüsse auf den Ausgang eines eventuellen Krieges zuläßt, kann es der Sowjetunion nicht daran gelegen sein, ihre zahlenmäßige Unterlegenheit verbrieft zu erhalten.

Politische Entscheidung

Ein kontrolliertes Einfrieren der Atomwaffen als erster Schritt hat nur dann eine Erfolgchance, wenn bereits Einigung über den nächsten Schritt, nämlich eine ausgewogene Verringerung der Offensivwaffen, besteht. Über diese Problematik werden sich die beiden Außenminister Rusk und Gromyko am Rande der UNO-Generalversammlung aussprechen. Es scheint nicht übermäßig schwierig, eine mathematische Lösung dieser Aufgabe zu finden. Die Frage ist nur, wie weit die politische Reife der "einflußreichen Kreise" in beiden Lagern gediehen ist. + + + - 4 -

Endlich Gesetzesentwurf zur Arbeitsförderung

Es geht um den Schutz vor sozialem Abstieg

sp - Die Bundesregierung hat in der vergangenen Woche den Gesetzesentwurf zur Arbeitsförderung verabschiedet, der erst im Mai vom Bundesarbeitsministerium vorgelegt worden war. Die sozialdemokratische Fraktion des Bundestages hat den Entwurf ausdrücklich begrüßt, weil - wie es in einer ersten Stellungnahme hieß - "damit jahrelange Bemühungen der SPD-Fraktion zum Bestandteil der amtlichen Politik geworden sind". Ein großer Teil des Regierungsentwurfes, wie er vom Bundesarbeitsministerium vorgelegt wurde, ist tatsächlich weitgehend identisch mit dem von der SPD im letzten Jahr eingebrachten Entwurf eines Arbeitsmarkt-Anpassungsgesetzes, das seit Monaten vom Bundestagsausschuß für Arbeit beraten wird.

Die SPD hatte sich zu einem eigenen Gesetzesentwurf zur Anpassung des Arbeitsmarktes an die Entwicklung von Wirtschaft und Technik im Frühjahr 1964 entschlossen, weil die frühere Bundesregierung nicht in der Lage war, den am 11. April 1962 vom Bundestag einstimmig beschlossenen SPD-Antrag termingerecht auszuführen, bis zum 1. Februar 1963 ein Berufsausbildungsgesetz vorzulegen.

Die Unionsfraktionen und die FDP waren bis zuletzt der Meinung, daß eine reine Neuordnung des u.a. auf Gesetzen von 1869 und 1897 noch basierenden Berufsausbildungsrechtes genüge. Die Koalitionsfraktionen brachten deshalb (nach dem SPD-Entwurf) auch nur einen Entwurf für ein Berufsausbildungsgesetz ein.

Der Ausschuß für Arbeit wird sich nun auch noch mit dem Regierungsentwurf zu beschäftigen haben, der kein reines Berufsausbildungsgesetz darstellt, sondern viel weiter gesteckte, sozial- und arbeitspolitische Ziele verfolgt.

Es ist noch zu früh, zu den Detailvorschlägen des neuen Entwurfs Stellung zu nehmen. Von den Zielen her - Erhaltung der Vollbeschäftigung, Sicherung der Arbeitsplätze, Förderung der beruflichen Bildung und Anpassung, Schutz vor sozialem Abstieg durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit - ist eine breite parlamentarische Mehrheit schon heute sicher.

Schließlich hat die SPD-Fraktion schon im Sommer 1966 bei der Vorlage ihres eigenen Entwurfes erklärt, ihr Arbeitsmarkt-Anpassungsgesetz solle nur eine "Rahmenvorschrift" für eine Anpassung des Arbeitsmarktes an die Entwicklung von Wirtschaft und Technik sein, der Bundesarbeitsminister aber müsse die "sinnvolle Ausführung" des gegebenen Rahmens vornehmen. Daß dies jetzt - im Zeichen der Großen Koalition - schon geschehen ist, ist erfreulich.

Aber wie gesagt: Im Detail muß in den Parlamentsausschüssen und mit den Vertretern der Wirtschaft und der Gewerkschaften noch eingehend beraten werden.

Schatten auf dem Elysee

Trommelfeuer auf de Gaulle geht weiter

Von Georg Scheuer, Paris

De Gaulle hat die Rebellenworte seines konservativen Gegenspielers Giscard d'Estaing noch immer nicht verdaut. Der frühere Finanzminister wagte es kürzlich, die "einsame Machtausübung" des Staatspräsidenten zu tadeln und parlamentarische Demokratie zu fordern. Daraufhin entfesselten sich alle namhaften gaullistischen Führer mit Premierminister Pompidou an der Spitze gegen den jungen, ehrgeizigen Ketzler. Darüber hinaus wurden die konservativen Minister mobilgemacht, die in einer öffentlichen Kundgebung von ihrem Parteiführer Giscard abzurücken hatten. General de Gaulle persönlich nahm diese - von oben "inspirierte" - Erklärung zur Kenntnis und hieß sie gut. - All das scheint aber nicht zu genügen, die Risse im gaullistischen System zu kitten. Das Trommelfeuer geht weiter, um die schon mehrere Wochen zurückliegende Kritik zu entwerten.

Warum so große Mühe? Ganz einfach, weil die Regierung Pompidou in wachsender Bedrängnis ist. Die höfliche aber entschiedene Kampfansage Giscard's hängt wie ein Damoklesschwert über den Gaullismus, der ohne Unterstützung der "Giscardisten" nicht regieren kann. Von 485 Abgeordneten sind nur 200 Gaullisten. Wenn also in den bevorstehenden Herbstabstimmungen der Französischen Nationalversammlung von den 40 Giscard-Abgeordneten nur einige abfallen, ist die gaullistisch-konservative Koalition am Ende ihres Lateins.

Aber auch die Ausschreibung von Neuwahlen wäre kein Ausweg. Die offizielle Meinungsforschung verzeichnet ein unentwegtes Abrutschen der Popularität des General-Präsidenten. Die Kurve der Unzufriedenheit mit den Sozialdekreten steigt weiter und wird in diesem Herbst voraussichtlich einen Höhepunkt erreichen. Unter diesen Umständen könnten Neuwahlen den Gaullisten weitere Einbußen eintragen. Man rechnet in solchen Fall mit einem Verlust von ungefähr 40 gaullistischen Mandaten. Das Ende des gaullistischen Regimes wäre damit besiegelt, zumindest auf parlamentarischer Ebene. General de Gaulle wäre gezwungen, äußerste Maßnahmen zu ergreifen - Ausnahmezustand, Ausschaltung des Parlaments, diktatorische Vollmachten - oder abzutreten. Solange es möglich ist, versucht man eine derartige Alternative hinauszuschieben. Darum das verzweifelte Ringen um die Seelen einiger konservativer Minister und Abgeordneter, von denen nunmehr das Wohl und Wehe des gaullistischen Regimes abhängt.